

# Zufrieden und doch nicht so ganz

Von Andreas Holling

**BORGELD.** Ausgelassene Stimmung und zufriedene Miene gab es am Freitagnachmittag beim Tag der offenen Tür im Freizeitheim Borgfeld. Doch was dem Nachwuchs sichtlich Spaß bereitet, treibt der Stadtteilpolitik kleine Sorgenfalten auf die Stirn: Der Beirat hält die Mittel für die Kinder- und Jugendarbeit trotz Steigerung nicht für ausreichend. Hauptkritikpunkt sind Mietzahlungen für das 2006 eröffnete Freizeithaus.

Die Stimmung am Tag der offenen Tür ist gut. Während auf dem Platz vor dem Haus Fußball-Teams um den Titel des Freizeithaus-Meisters kicken, wird drinnen Tischtennis gespielt.

Auffallend ist die Zahl junger Besucher. „Wir haben viele Kinder ab zehn Jahren“, erklärt Claudia Ripken vom Deutschen Roten Kreuz (DRK). Gemeinsam mit Angela Wink und Muffis Ersan vom Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit (VAJA) betreut die Sozialpädagogin das Freizeithaus. Bis zu 30 regelmäßige Besucher gebe es hier, sagt Ripken. An manchen Tagen seien es mehr.

So wie heute: Unzählige Kinder und Jugendlichen toben durch die Räume des Hauses. „Das Freizeithaus ist gut angenommen“, freut sich Beiratsmitglied Gerd Igner (SPD). Kein Wunder, sei Borgfeld doch ein Stadtteil mit vielen jungen Familien. Genau wegen deren Nachwuchs erhält Borgfeld in den



Gute Laune am Tag der offenen Tür: Kinder, Jugendliche und die Mitarbeiter des Freizeithaus Borgfeld nutzen das moderne Haus ausgiebig. Foto: HG

kommenden Jahren mehr Geld aus dem 6,6-Millionen-Euro-Etat der staatlichen Kinder- und Jugendarbeit. Von 57.000 auf 64.000 Euro steigen die Zuschüsse von 2009 bis 2011.

Viel Geld, doch die Stadtteilpolitik äußert dennoch Kritik am Paket. In einem kürzlich gefassten Beschluss stellt sie fest: Die Steigerung der Mittel sei ein erster Schritt. Doch um

Qualität und Umfang des bisherigen Angebots bis zum Jahr 2013 zu gewährleisten, bedarf es „erheblicher Verbesserungen“.

Hauptkritikpunkt des Beirats sind die Mietzahlungen für das Gebäude Am Borgfelder Soatland 1. Dieses hatte ein Investor errichtet und an die landeseigene Gesellschaft für Bremer Immobilien (GBI) übertragen. Die Träger müssten jedes Jahr erneut um die Mietkostenübernahme durch das Sozialressort kämpfen, so der Vorwurf. Sollten diese Kosten aus dem Stadtteiletat getragen werden müssen, bliebe jedoch nicht genug Geld für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen.

Doch auch an der Gesamtsumme von landesweit 6,6 Millionen Euro gibt es Kritik: Schon der von einem 15-köpfigen Gremium aus Sozialressort, freien Trägern und Beiratsmitgliedern gestaltete Entwurf des Anpassungskonzepts räumt einen fehlenden Inflationsausgleich in Höhe von 700.000 Euro ein. „Das Budget reicht aufgrund der Kostensteigerungen in allen Bereichen nicht, um die bisherigen Zielsetzungen in vollem Umfang zu erfüllen“, so der Beirat Borgfeld.